

Sozialsystem

Familien in der Zwangsjacke

So konträr neoliberale und die sozialdemokratische Denkweisen auch sind, eine große Gemeinsamkeit besitzen sie: die Glorifizierung von Erwerbsarbeit und die Verachtung von Erziehungsarbeit. Unser Sozialsystem verkörpert diese Haltung schon seit seiner Einführung. Familien verarmen deshalb immer mehr. Die etablierten Parteien liefern außer Lippenbekenntnissen keine spürbaren Korrekturen.

von Johannes Resch

Kinder sind heute in Deutschland ein hohes Armutsrisiko. Familien sind dreimal so häufig arm wie Kinderlose. Eltern mit drei und mehr Kindern sind sogar sechsmal so häufig arm wie Ehepaare ohne Kinder, alleinerziehende Frauen sechs- bis siebenmal so häufig wie alleinlebende Frauen ohne Kinder.

Was sagen unsere Parteipolitiker zur steigenden Familienarmut? Da gibt es vor allem zwei Denkrichtungen: die neoliberale und die sozialdemokratische. Damit soll nicht gesagt werden, dass sich diese klar einzelnen Parteien zuordnen lassen. Sozialdemokratisches Denken hat längst auch in

„Mindestlohn für alle!“ fordern Sozialdemokraten. Jeder Erwerbstätige soll von seinem Lohn leben können. Bei näherem Hinsehen aber taugt ein solches Konzept nicht zur Bekämpfung der Familienarmut. Denn: Was gering verdienende Eltern bei Mindestlöhnen mehr hätten, würde bei Hartz IV wieder abgezogen. Die Armut würde kaum gemindert.

Ursache der heutigen Familienarmut ist weniger ein zu niedriger Erwerbslohn, als die Tatsache, dass Kindererziehung gar keine Gegenleistung mehr erfährt. Daher taugt ein Mindestlohn zur Armutsbekämpfung

schlüssiger Lösungskonzepte auf beiden Seiten erklärt aber noch nicht, wie es zu der immer noch zunehmenden Familienarmut kommen konnte.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur sind die Ursachen

Unsere Sozialgesetze sind in Wirklichkeit ein Programm zur Verarmung der Familien.

hingegen leicht zu finden. Sie liegen schlichtweg in der nahezu fehlenden Berücksichtigung der Erziehungsleistung durch unsere Sozialgesetzgebung. Solange die Versorgung von Kindern und Alten eine Sache der Familien war, konnten Familien zwar bei individuellen Schicksalsschlägen ebenfalls verarmen. Die Regel war aber, dass der Aufwand für Kinder im Erwerbsalter in etwa mit dem Nutzen durch die Kinder im Alter im Gleichgewicht stand. Wer keine Kinder hatte, musste in vergleichbarem Umfang verzichten wie die Eltern, wenn er sein Alter vergleichbar sichern wollte, z.B. durch Vermögensbildung oder eine Kapitalversicherung.

Wird der Umfang der lebenslangen Umverteilung von Geld zu Lasten der Eltern durch unsere gesetzlichen Sozialversicherungen – Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung – berücksichtigt, so wird schon damit die steigende Familienarmut erklärt. Unsere Sozialgesetze sind in Wirklichkeit ein Programm zur Verarmung der Familien.

Der „Familienlastenausgleich“ gleicht nur etwa ein Viertel des Nachteils aus, den die Sozialgesetzgebung für Familien verursacht. Der Verzicht der Eltern zugunsten ihrer Kinder

zahlt sich im Alter nicht mehr aus, sondern führt auch dort zu Nachteilen. Die Kinder werden gesetzlich dazu verpflichtet, kinderlosen Rentnern in der Regel höhere Renten zu finanzieren, als ihre eigenen Eltern erhalten.

Für unser absolut familienfeindliches Sozialsystem sind die beiden bereits erwähnten Denkweisen verantwortlich, die die bundesdeutsche Sozialpolitik seit Jahrzehnten bestimmen. Unser Sozialsystem erzwingt eine massive Schlechterstellung auch bei Familien im mittleren und sogar oberen Einkommensbereich gegenüber vergleichbaren Personen ohne Kinder.

Nach einer im Oktober 2009 veröffentlichten Untersuchung des Verbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken ver-

fügen Ehepaare ohne Kinder im Schnitt über ein um 50% höheres Geldvermögen als Ehepaare mit Kindern. Ein Unterschied zu Eltern mit mehreren Kindern wäre sicher noch ausgeprägter. Alleinerziehende verfügen sogar nur über ein Drittel des Geldvermögens allein Lebender ohne Kinder.

Bei derartigen Statistiken ist zu beachten, dass sich im Vermögensunterschied die durch unser Sozialsystem verursachte Umverteilung nur teilweise widerspiegelt. Denn ein großer Teil des auf die kinderlose Bevölkerung umverteilten Geldes fließt in höheren Konsum – z.B. in häufige Fernreisen – und schlägt dann natürlich nicht mehr als Vermögen zu Buche.

Zaghafte Korrekturversuche blieben ohne Wirkung

Zugegeben: Es gab auch Initiativen und zaghafte Ansätze, die soziale Ungerechtigkeit gegenüber den Familien zu korrigieren. So führte 1986 die Regierung Helmut Kohls ein Erziehungsgeld ein. Das war aber nicht dynamisiert und damit Jahr für Jahr weniger wert. 2007 wurde es schließlich wieder ganz abgeschafft. Das stattdessen eingeführte „Elterngeld“ belohnt

Foto: BilderBox



der CDU und neoliberalen Denken auch in der SPD Einzug gehalten. Aber unverändert beherrschen diese beiden Denkweisen unser politisches Leben.

„Leistung soll sich wieder lohnen!“ lautet das Konzept der Neoliberalen. Familien sollen sich selbst helfen. Dabei wird aber übersehen, dass sich die Erziehungsleistung, obwohl sie die wichtigste Leistung in einer Gesellschaft überhaupt ist, heute am wenigsten lohnt. Solange das ignoriert wird, bleibt das Motto „Leistung soll sich wieder lohnen“ leeres Geschwätz.

erst dann, wenn er auch für die Erziehungsarbeit gilt. Auch besteht erst dann eine ausreichende Motivation für zusätzliche Erwerbstätigkeit, weil der erzielte Lohn nicht mehr zur Leistungsenkung führt.

Unsere Sozialgesetze lassen Familien verarmen

Die neoliberale und die sozialdemokratische Denkweise sind unterschiedlich. Gemeinsam ist ihnen die Nichtachtung des Werts der Erziehungsleistung. Das ist die Zwangsjacke, in der Familien heute stecken. Das Fehlen

nicht mehr die Erziehungsleistung, sondern vorangegangene Erwerbsarbeit. So kommt es, dass gerade die ärmsten Familien – darunter die Eltern mit mehreren Kindern und Studentenpaare – meist nur noch halb so viel erhalten wie beim vorangegangenen Erziehungsgeld.

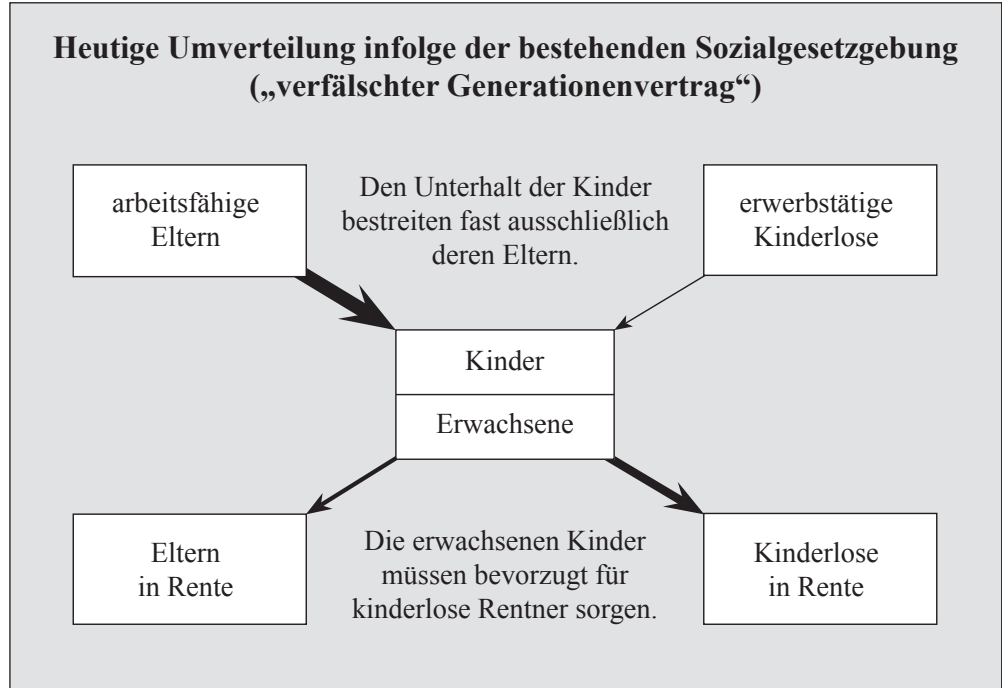
Auch auf der anderen Seite wurde von Einzelnen wahrgenommen, dass die sozialdemokratischen Konzepte den sozialen Gegebenheiten nicht mehr gerecht werden. So schrieb schon 1988 der damalige SPD-Spitzenpolitiker Oskar Lafontaine: „Die Versuche, Familienarbeit und Erwerbstätigkeit in einem System zu vereinbaren, das gerade auf deren Unvereinbarkeit angelegt ist, haben einerseits nur mäßige Erfolge erzielt, haben andererseits aber zu jenem Ungleichgewicht geführt, hinter dem sich ein wachsendes Maß an Unzufriedenheit, Enttäuschung, Belastungen und Konflikten verbirgt.“

Leider stieß Lafontaine weder damals noch später in seiner Partei auf Verständnis. Die SPD suchte vielmehr unter Gerhard Schröder in einer Vermischung mit neoliberalen Gedankengut ihr Programmdefizit zu beheben. Das Resultat war das schlechteste Wahlergebnis der SPD seit Bestehen der Bundesrepublik bei der Bundestagswahl 2009.

Inzwischen hat Lafontaine seine Gedanken zusammen mit seiner Frau Christa Müller zum Konzept eines Erziehungsgehaltess weiterentwickelt, dem sogar der saarländische Landesverband der Partei „Die Linke“ zustimmte. Allerdings fand ein entsprechender Antrag auf einem Bundesparteitag der Linken im Mai 2008 in Cottbus nur die Zustimmung von 10 Stimmen. Das waren nicht mal 2% der Delegierten. Eine familienpolitische Perspektive ist daraus leider nicht ableitbar.

So gab es weder in den letzten Jahrzehnten noch gibt es heute in den Bundestagsparteien aussichtsreiche Initiativen für eine Bewältigung des familienpolitischen Defizits. Das ist auch für die Zukunft nicht mehr zu erwarten, da der Wähleranteil der Eltern weiter sinkt und Kinder ohnehin bei Wahlen keine Berücksichtigung finden.

Haben Familien demnach



Grafik: Johannes Resch

Eltern benötigen nicht nur einen großen Teil ihres Einkommens, sondern auch einen großen Teil ihrer Arbeitskraft für ihre Kinder. Sie können dadurch weniger in die Rentenkasse einzahlen als vollwertige Kinderlose – und erhalten später entsprechend weniger Rente. Die Kinder müssen also als erwerbstätige Erwachsene den kinderlosen Rentnern höhere Renten finanzieren, als ihren eigenen Eltern zustehen.

wirklich keine Zukunft mehr? Schließlich wären sie nur dann wieder auf Dauer lebensfähig, wenn eine gesetzliche Kinder- und Jugendsicherung geschaffen würde, die im Umfang im Gleichgewicht mit der gesetzlichen Alterssicherung steht. Soll das be-

partei in den Bundestag zu ver- helfen, die sich schwerpunktmäßig den berechtigten Interessen der Familien widmet. Eine solche Partei könnte Zünglein an der Waage bei einer Regierungsbildung sein, ähnlich wie das FDP und Grüne schon gezeigt haben.

tik. Beide benachteiligte Gruppierungen könnten ihre Anliegen nur noch in einer Minderheitspartei zur Geltung bringen, wenn sie auf politischer Ebene etwas bewegen wollen.

Wird strategisch gedacht, dann sollten eigentlich Eltern und Jungwähler zueinander finden, eine Perspektive, die allerdings bisher auf beiden Seiten kaum gesehen wird. Eine Koalition zwischen Eltern und Jungwählern wäre zwar heute immer noch eine Wählerminderheit, allerdings groß genug, die Denkblockaden zu durchbrechen, die seit Jahrzehnten einer familien- und jugendgerechten Politik entgegenstehen.

Der „Familienlastenausgleich“ gleicht nur etwa ein Viertel des Nachteils aus, den die Sozialgesetzgebung verursacht.

stehende Alterssicherungssystem beibehalten werden, so ist das nur durch eine Grundsicherung für Kinder (für die Sachkosten) und ein angemessenes Erziehungsgehalt zu rechtfertigen.

Eltern und Jungwähler brauchen eine eigene Partei

Sicher sind Eltern – besonders Eltern mehrerer Kinder – heute eine Wählerminderheit, die von den etablierten Parteien nicht mehr als wahlentscheidend angesehen wird und deshalb aus deren Sicht vernachlässigt werden kann und auch vernachlässigt wird. Andererseits wäre das Wählerpotential der benachteiligten Eltern immer noch groß genug, um einer Minderheits-

Neben den Eltern gibt es aber auch weitere Opfer unserer Sozialpolitik. Das ist die vom Geburtenrückgang bereits dezimierte Generation unter 35, der die Kosten der verfehlten Sozialpolitik aufgebürdet werden sollen. Diese jüngeren Wähler befinden sich in einer ähnlichen Situation wie die Eltern. Auch ihr Anteil an der Wählerschaft ist erheblich geschrumpft. Auch sie sind deshalb für die etablierten Parteien im Vergleich zu früher als Zielgruppe weniger wichtig geworden.

Die Vernachlässigung der Eltern- und Jugendinteressen ist gemeinsame Folge der gleichen Politik der seit Jahrzehnten herrschenden Ideologien. Beides belastet die Zukunft und verhindert eine nachhaltige Sozialpoli-

Dr. Johannes Resch



Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als Leitender Arzt eines Versorgungsamts. In die ödp trat er 1996 ein.

Seit 1998 ist er Mitglied der Programmkommission und seit 2008 ihr Sprecher, außerdem Sprecher des ödp-Bundesarbeitskreises Familie Soziales Gesundheit.

Kontakt:
johannes.resch@t-online.de